

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1947**

42 (10.4.1947)



# NEUESTE NACHRICHTEN

## Auf konstruktive Lösung kommt es an

Zur verfassungsrechtlichen Lage des Zweizonen-Wirtschaftsrates

Frankfurt, 9. April. (dena) Zu der verfassungsrechtlichen Stellung des Zweizonen-Verwaltungsrates für Wirtschaft in Minden, wie sich dieselbe nach der kürzlich bekannt gewordenen Entscheidung der beiden Militärregierungen darstellt, äußerte sich hier am 8. April der ehemalige Vorsitzende des Verwaltungsrates für Wirtschaft, Dr. Rudolf Müller.

Aus zwei Gründen habe der Versuch des zweiten Verwaltungsrates die Frage seiner verfassungsrechtlichen Stellung erneut zu klären, scheitern müssen, wie es durch die inzwischen erfolgte Entscheidung der Militärregierungen ein für beide Zonen bindendes Gesetz erlassen dürfe, sondern sich auf Empfehlungen zu beschränken habe, tatsächlich eingetreten ist.

Einmal konnten die Militärregierungen bei der weiter unklärten politischen Lage zwischen den vier Besatzungsmächten kaum einen anderen Zeitpunkt einnehmen wie im Spätsommer 1946, als diese Frage zum erstenmal zur Debatte stand. Dies umso mehr, als die Verhandlungen in Moskau bevorstünden.

Zum anderen sei auf deutscher Seite eine Versteifung der Haltung der Länder zu erwarten gewesen, nachdem der zweite Verwaltungsrat zur Domäne einer einzelnen Partei geworden sei, während in den Ländern selbst auch andere politische Parteien an der Regierungsverantwortung beteiligt seien.

Die heute unbedingt erforderliche Wirtschaftslenkung, Produktionsplä-

## England schlägt Bildung selbst. deutscher Staaten vor

Moskau, 9. April. (dena-INS) Ein sensationeller neuer Vorschlag, wonach jeder deutsche Staat unabhängig sein und seine Bewohner eine eigene Staatsangehörigkeit haben sollten, wurde am 4. April von der britischen Delegation in Moskau eingebracht. Nach diesem Plan würde es in Zukunft keine deutschen Staatsangehörigen, sondern nur noch Hessen, Bayern und Angehörige anderer Staaten geben. Jeder dieser Staaten würde dann das Recht haben, Verträge abzuschließen und eigene diplomatische Vertretungen ins Ausland zu entsenden.

Der britische Vorschlag, der von Sir Brian Robertson dem Koordinationsausschuss vorgelegt wurde, löste bei den sowjetischen Delegierten Wyszinski großes Erstaunen aus. Wyszinski bestand darauf, daß eine zukünftige deutsche Regierung stark zentralisiert sein müsse.

## Kontroverse Molotow-Bevin über Reparationen

Drei-Punkte-Plan über Abbau von Industrieanlagen — In nächster Sitzung Diskussion über deutsche Grenzen

Moskau, 9. April. (dena) Der Außenminister Bevin befaßte sich am 7. d. Mts. mit den Befugnissen und Funktionen der deutschen zentralen Verwaltungsbehörden.

Molotow forderte einen Volksentscheid über die Frage, ob Deutschland eine unitaristische oder eine föderalistische Staatsform erhalten solle. Sowohl Bevin als auch Bidault traten Molotow entgegen, und auch Außenminister Marshall erwartete, wie er ausführte, nicht allzu viel von einem deutschen Volksentscheid, obgleich er einräumte, daß Molotows Vorschlag praktisch sei.

Auch über die Funktionen einer beratenden deutschen Körperschaft wurde keine Übereinstimmung erzielt. Bevin wünschte sie in Moskau festzulegen. Molotow sprach sich für ihre Verankerung in der deutschen Verfassung aus.

Die Stellvertreter beraten über Österreich. Die für Österreich zuständigen Sonderbeauftragten der Außenminister traten zur Erörterung zweier Berichte des Wirtschaftsausschusses zusammen.

Bei der Diskussion über die Wiederherstellung jüdischen Eigentums gelangten die Stellvertreter zur Übereinstimmung.

Ein sowjetischer Vorschlag, alle Anleihenabkommen zu lösen, die vor dem „Anschluß“ abgeschlossen worden waren und die den Gläubigern eine direkte oder indirekte Kontrolle über das österreichische Finanzsystem geben, wurde von französischer Seite grundsätzlich gebilligt. Ein Einvernehmen erzielten die Stellvertreter darüber, daß der Krieg die Zahlungsverpflichtungen Österreichs aus Vorkriegsverträgen nicht berühren solle und der Staatsvertrag keinerlei Klauseln enthalten dürfe, die die Schuldner-Gläubiger-Verpflichtungen, die Österreich oder die österreichische Staatsangehörige vor dem Krieg eingegangen, beeinträchtigen.

Ein Vorschlag Bidaults. Bidault wandte sich kategorisch gegen einen Vorschlag Molotows, die künftige deutsche Staatssicherheit der Verantwortlichkeit einer deutschen Zentralregierung zu unterstellen, da sich daraus ein politisches Polizeisystem entwickeln könne. Molotow beantwortete die von Bevin unterstützten Einwendungen des französischen Außenministers dahingehend, daß durch die Viermächtekontrolle keine Gefahr des Wiederauflebens der Gestapo bestünde.

Zur Frage der Machtbefugnisse der Zentralregierung über die Staatsangehörigkeit der Deutschen erklärte Bidault, daß Frankreich eine doppelte Nationalität vorschläge. Jeder Deutsche solle sowohl die deutsche als auch die Staatsangehörigkeit des Landes, in dem er lebe, besitzen.

Die Gewaltenteilung zwischen Zentralregierung und Länderregierungen. Bei der Diskussion über die Aufteilung der Machtbefugnisse zwischen Zentralregierung und Länderregierungen vertrat die amerikanische Regierung die Ansicht, daß die Klärung dieser Machtverteilung einer vom deutschen Volk gewählten Körperschaft überlassen sein sollte. Der Außenminister sollte sich nur generell darüber einigen, daß die Machtbefugnisse der Polizei, der inneren Sicherheit, der Erziehung, der Kultur und der religiösen Fragen nicht der Zentralregierung überlassen werden.

Die französische Delegation wünschte, daß der Wiederaufbau des politischen Lebens Angelegenheit der einzelnen Länder sein soll.

Das Problem der deutschen Reparationen. Während der Erörterung der Reparationsfrage kam es zu einer heftigen Kontroverse zwischen Molotow und Bevin. Molotow fragte, wer den alliierten Reparationsausschuß aufgelöst habe. Bevin erwiderte, dieser habe sich selbst liquidiert, da die Sowjetregierung die Informationen zurückgehalten und andere Mächte keine „Arbeit“ beigetragen hätten. Die Potsdamer Beschlüsse seien nicht durchgeführt und die Verpflichtungen gegenüber den Westmächten nicht erfüllt worden.

Molotow antwortete darauf, diese Anschuldigung könne sich nur auf die Sowjetunion beziehen, da die sowjetische Delegation im Reparationsausschuß bei ihrem Eintreffen in Berlin hätte feststellen müssen, daß die Vertreter der anderen Mächte bereits wieder abgereist waren.

Marshall wies darauf hin, daß die amerikanische Delegation zwei Wochen auf die Sowjetvertreter ohne Erfolg gewartet habe. Danach erinnerte Bevin daran, daß bei der ersten Tagung des Reparationsausschusses in Moskau die britischen und amerikanischen Delegierten Wochen untätig verbracht hätten, da die Sowjetdelegation über keine Instruktionen verfügte.

Auf einen Vorschlag Molotows, während der Mittwoch-Sitzung bereits besprochene, jedoch noch ungeklärte Fragen erneut durchzugehen, wandte Bevin ein: „Geschiedt dies, damit wir mit unserer Tagesordnung niemals zu Ende kommen?“

Bidault legte einen Dreipunkte-Plan vor, in dem er u. a. darauf dringt, den Abbau von Industrieanlagen und Industrieerleichterungen unverzüglich wieder aufzunehmen, ohne Rücksicht darauf, ob ein neues Industrie-Minimum festgelegt ist oder nicht.

Die Außenminister kamen schließlich überein, auf ihrer Mittwoch-Sitzung Fragen der deutschen Grenzen zu behandeln.

## McNarney und Pollock über Deutschland

„Vieles bleibt noch zu tun“ — Viermächtekoordinierung notwendig

Washington, 9. April. (ap) Es wurden fünf bis zehn Jahre vergehen, bis Deutschland wieder in die Familie der Völker zurückkehrte, erklärte der Berater des US-Kriegsministeriums in Deutschland, Dr. Pollock, auf einer Pressekonferenz.

Vieles bliebe noch für Deutschland zu tun übrig, um dieses Ziel zu erreichen: die Bildung einer provisorischen Regierung, auf die eine verfassungsmäßige Regierung folgen müßte. Die allmähliche Abbau der Alliierten Militärregierungen und schließlich der Austausch von Botschaftern.

Er führte weiter aus, daß er mit Präsident Truman die allgemeine europäische Situation und dabei insbesondere die Probleme der deutschen Wirtschaft durchgesprochen habe.

General McNarney, der vorher dem Präsidenten Truman Bericht erstattet hatte, äußerte zu Pressevertretern, daß die deutschen Einfuhren bedeutend erhöht werden könnten, wenn wir zur Durchführung unserer Pläne genügend Ruhrkohle bekommen. Es würde zwei Jahre in Anspruch nehmen, die deutsche Kohlenförderung, die gegenwärtig 230 000 t betrage, auf den Vorkriegsstand von 0,4 Mill. t pro Tag zu erhöhen.

McNarney fordert Beibehaltung der Besatzungsstärke in Europa. Washington, 9. April. (dena) General McNarney wird am 8. April darauf hin, daß die Vereinigten Staaten ihre augenblicklich rund 160 000 Mann betragende Besatzung in Europa in der nächsten Zukunft weiter aufrechterhalten sollten. Er stellte fest, daß eine Verringerung der US-Streitkräfte in Europa eine Schwächung der amerikanischen Verpflichtungen, wie beispielsweise die Regierung der Besatzungszonen und die Sorge für die verschleppten Personen, mit sich bringen würde.

Deutschland exportiere zur Zeit nach Schweden, Norwegen, der Tschechoslowakei, Frankreich, Dänemark, Belgien, Holland, Großbritannien und den Vereinigten Staaten. Der Bedarf Europas an deut-

## „Verfahrene Situation in Moskau“

Washington, 9. April. (ap) Unter der Überschrift „Verfahrene Situation in Moskau“ schreibt das einflussreiche Blatt „Washington Post“ in einem Leitartikel:

„Außenminister Marshall sollte den unerfreulichen und zeitraubenden Debatten in Moskau den Rücken kehren und heimkommen. Da die Moskauer Konferenz leider in einen Wettstreit um die Stimmen der deutschen Wähler ausgeartet ist, kann man ohne weiteres sagen, daß es keinen ersichtlichen Zweck hat, wenn Marshall noch länger in der sowjetischen Hauptstadt bleibt.“

## Russ-amerik. Zonen-Vertretungen

Frankfurt, 9. April. (ap) Die amerikanische und russ. Besatzungstreitkräfte sind übereingekommen, in den von ihnen besetzten Zonen Deutschlands gegenseitige Missionen zu errichten, wie vom US-Europäische Befehlshaber am 8. April bekanntgegeben wird.

Jede Mission soll aus höchstens 14 Vertretern der Armee, Marine und Luftstreitkräfte bestehen und hat volle Bewegungsfreiheit in der Zone ihres Sitzes. Die Missionen sind bevollmächtigt, über ihre eigenen Staatsangehörigen in ihrer Zone Nachforschungen anzustellen und darüber Bericht zu erstatten.

## Der Dienst am Frieden und an den UN

Vandenberg appelliert an die Sowjetunion: „Leben und leben lassen“

Washington, 9. April. (dena-Reuters) Der republikanische Senator Arthur Vandenberg, Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses des Senats, forderte am 8. April bei Eröffnung der Senatsdebatte über Präsident Trumans Hilfsprogramm für Griechenland und die Türkei die Sowjetunion auf, dem Grundsatz, leben und leben lassen, zuzustimmen, um das Problem der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen zu lösen.

Das Grundproblem im Zusammenhang mit der amerikanischen Gesetzesvorlage wie überhaupt mit allen anderen Phasen der Friedensregelung sei die ständige Kontroverse zwischen dem östlichen Kommunismus und der westlichen Demokratie. Genauer gesagt, schließe diese Kontroverse die Gemeinschaft gegen den Expansionsdrang und die Durchdringungsmethoden des Kommunismus ein. Der Expansionsdrang, so werde ständig gesagt, sei das Ergebnis der sowjetischen Furcht vor einem Angriff der Nachbarn und vor Einkreisung.

Wenn Moskau tatsächlich diese Befürchtungen hege, dann habe es ein Recht darauf, sie beseitigt zu sehen. Wir haben unsereits das Recht, einen wirksamen Beweis zu verlangen, daß Moskau nicht beabsichtigt, uns in einer kommunistisch beherrschten Welt einzukreisen. Daß die kommunistischen Angriffe gegen uns innerhalb und außerhalb der USA aufhören und daß die gegenseitigen Verpflichtungen, die auf der Atlantik-Charta und auf die Grundsätze und Ziele der UN geleistet wurden, auf zuverlässige Weise in Ehren gehalten werden. Ich meine nicht nur in Worten allein, sondern in Taten.

Vandenberg forderte die Annahme des Hilfsprogramms für Griechenland und die Türkei, um „Kettenreaktionen, die den Frieden und die Sicherheit rund um den Erdball bedrohen würden“, zu verhindern.

„Wir übergeben die Vereinten Nationen nicht. Wir unterstützen sie. Wir dienen dem Frieden — das heißt auch dem Frieden für uns selbst — wenn wir uns zur rechten Zeit bemühen, die Reibungen und Differenzen auszuscheiden, die andernfalls zu einem Krieg führen könnten.“

## Polizei nicht zonenbeschränkt

Berlin, 9. April. (dena) Der Amtsbezirk der deutschen Polizei wird sich künftig auf beide Zonen, die britische und die amerikanische, erstrecken, wie aus einer Bekanntmachung von Generalmajor Frank A. Keating, dem stellv. amerik. Militärgouverneur für Deutschland vom 31. März hervorgeht. Danach sind für die Durchführung von Gesetz und Ordnung die Grenzen zwischen diesen beiden Zonen aufgehoben.

## Probleme der Wirtschaft und Ernährung

USA liefern zusätzlich Mehl und Weizen — Deutsche Stimmen zur Nahrungsnot

Washington, 9. April. (dena-Reuters) Das amerikanische Landwirtschaftsministerium gab am 3. d. Mts. bekannt, daß in den Monaten April und Mai 120 000 t Weizen und Mehl zusätzlich zu der bereits für diesen Zeitraum festgesetzten Zuteilungsmenge in die wirtschaftlich vereinigte britische und amerikanische Besatzungszone Deutschlands geliefert werden.

92 000 t Lebensmittel im Januar für Württemberg-Baden. Stuttgart, 9. April. (dena) Im Monat Januar betragen die Lebensmittelimporte für Württemberg-Baden über Bremen nach einem Bericht des Leiters der Abteilung für Ernährung und Landwirtschaft bei der Militärregierung Mr. Paul F. Taggart, 92 033 t. Das sind 24,4 Prozent der gesamten in die wirtschaftlich vereinigte britische und US-Zone einschließlich des britischen und amerikanischen Sektors von Berlin eingeführten Lebensmittel.

Wirtschafts-Ausschuß für Europa. London, 9. April. (dena) Der Wirtschaftsrat der Vereinten Nationen beendete in der vergangenen Woche seine vierte Tagung. Eines der wichtigsten Ergebnisse war die Einsetzung eines Wirtschaftsausschusses für Europa.

Wirtschaftspakt England-Spanien. London, 9. April. (ap) Der britische Finanzminister gab am 3. d. Mts. ein neues britisch-spanisches Währungsabkommen bekannt.

über Deutschland schreiben, so kann doch nur derjenige die Not der Deutschen richtig begreifen, der sie selbst erlebt und sie ständig vor Augen sieht“, erklärte am 4. d. Mts. der amerikanische Bischof Dr. Alois Munch einem dena-Vertreter.

Zur gegenwärtigen Notlage ermahnte der Bischof die Deutschen, darauf zu achten, daß die Not nicht die Herzen verhärtet, denn mit mehr Verständnis für einander ließe sich die Not besser tragen.

## Sowjetunion nimmt Sondersitzung der UN über Palästinafrage an

New York, 9. April. (dena-Reuters) Die Sowjetunion billigte am 31. März den britischen Vorschlag, das Palästina-Problem einer Sondersitzung der UN-Vollversammlung vorzulegen. Der sowjetische Delegierte im Weltfriedensrat, Andrej Gromyko, teilte dem Sekretariat der Vereinten Nationen mit, daß er „keine Einwendungen“ hierzu vorzubringen habe.

## In Dänemark wurde gewählt

Kopenhagen, 9. April. (ap) Am 1. April wurden in Dänemark 2030 Wahlmänner gewählt, die ihrerseits 28 neue Mitglieder für den Landsting (das Oberhaus) zu wählen haben. Dabei wurden folgende Ergebnisse erzielt: Sozialdemokraten 882, Landwirte (Regierungspartei) 534, Konservative 287, Kommunisten 177, Liberale 116, Georgisten 28, Nationalisten 6.

## Verteidiger wurde mit Gestapo bedroht

Nazirichter verantwortet sich — Das Blutbad in den Ardeatinischen Höhlen

Nürnberg, 9. April. (dena) Zur Charakterisierung des zweiten Richters am ehemaligen Nürnberger Sondergericht, des Angeklagten Rudolf Oeschey, berichtete der Zeuge Dr. Karl Ferber, über einen bezeichnenden Vorfall bei einem Prozeß, in dem Oeschey den Vorsitz hatte. Als der Verteidiger in diesem Prozeß, der selbst das „Goldene Parteiabzeichen“ trug, damals einen Besuchsbesuch vorbrachte, habe ihm Oeschey zu verstehen gegeben, daß es sich dabei um einen „unerwünschten Antrag“ handelte. Der Verteidiger habe jedoch auf seinem Antrag bestanden und sei darauf in der Verhandlung von Oeschey mit den Worten gewarnt worden: „Herr Verteidiger, Sie können den Beweisantrag ja aufrecht erhalten, aber ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, daß es auch noch eine Geheimen Staatspolizei gibt.“ Im Kreuzverhör durch den Verteidiger Oescheys, Rechtsanwalt Dr. Schubert, gab der Belastungszuge zu, daß Oeschey im Jahre 1942 einmal eine Frau, die bei der Wintersachen-Sammlung ein Paar Handschuhe entwendet hatte und danach auf besonderen Befehl Hitlers zum Tode verurteilt werden mußte, nur mit einer Freiheitsstrafe belegte.

Kesselring-Prozeß. Venedig, 9. April. (ap) Im Kriegsverbrecherprozeß gegen Albert Kesselring, dem die Schuld an dem Blutbad in den Ardeatinischen Höhlen zur Last gelegt wird, erklärte am 31. März der ehemalige General Carl Westphal, Kesselrings Stabschef, Hitler habe zu dem Leiter des SD in Rom, Herbert Kappler, mehr Vertrauen gehabt als zu Kesselring.

Im Kreuzverhör wandte sich der Angeklagte mit den Worten an den Zeugen:

„Wollen Sie damit sagen, daß Hitler einen Oberleutnant des SD damit beauftragte, die Opfer auszuwählen, und sie erschließen zu lassen, und daß der Feldmarschall, der Armeekommandeur (Generaloberst von Mackensen) und der Befehlshaber von Rom (Generalleutnant Kurt Mälzer) nicht darauf gesehen hätten, daß seine Handlungsweise nicht die Interessen der Wehrmacht verletzte?“

Westphal antwortete: „Ich weiß nicht, was Hitler im einzelnen über die Sache dachte, es besteht aber kein Zweifel, daß er Kappler mehr traute als dem Feldmarschall Mackensen oder irgendeinem der Stabsoffiziere.“

## Im Telegrammstil

New York. Die Internationale Arbeitsorganisation veröffentlichte hier am 8. d. Mts. einen Bericht über den letzten Stand der Einwanderungsmöglichkeiten in die latein-amerikanischen Staaten, aus dem hervorgeht, daß die meisten dieser Länder zur Zulassung europäischer, insbesondere deutscher, italienischer und portugiesischer Arbeiter und verschleppter Personen ersichtlich sind. (dena-Reuters)

New Orleans. Robert Patterson, der amerikanische Kriegsminister, forderte am 8. d. Mts. in einer Ansprache anläßlich der Woche der Arbeiter, eine universelle militärische Ausbildung, eine stehende Armee von 1 070 000 Mann und eine Gesetzgebung zur Vereinigung aller Zweige der bewaffneten Streitkräfte. (dena-INS)

London. Eine große Anzahl von britischen Kampfflugzeugen wird gegenwärtig von der RAF nach der Türkei übergeführt. Die Flugzeuge bilden einen Teil von 300 Maschinen, die die türkische Regierung von dem britischen Versorgungsministerium angedeutet hat. (dena-Reuters)

Paris. Die Sozialistische Partei Frankreichs hat sich den französischen Kommunisten in der Ablehnung der von General

de Gaulle geforderten Schaffung einer breiten „französischen Volksbewegung“ angeschlossen. (dena-INS)

Kopenhagen. König Christian X. von Dänemark dankte nach einer Meldung der französischen Nachrichtenagentur am 8. April zugunsten seines Sohnes Friedrich ab. (dena)

Genf. Der UN-Balkanuntersuchungsausschuß hat beschlossen, vorläufig eine Kommission in Griechenland zurückzulassen bis der Sicherheitsrat endgültige Entscheidungen auf Grund der von dem Untersuchungsausschuß eingereichten Berichte getroffen hat. (dena)

Essen. Deutschland kann nicht damit rechnen, sich aus seiner gegenwärtigen unglücklichen Lage zu erheben, wenn es sich ausschließlich auf die Mittelmächte Großbritannien und die Vereinigten Staaten verläßt, erklärte am 8. d. Mts. Oberst L. Wilkinson als Vertreter der Wirtschaftsabteilung der amerik. Militärregierung für Deutschland im Anschluß an die Rede Sir Cecil Weirs vor deutschen Gewerkschaftsvertretern. (dena-DPD)

## Kurtz beleuchtet

Die Landmasse Rußland ist ebenso unangreifbar oder — drücken wir es vorsichtiger aus — ebenso wenig zu erobern wie der Kontinent Amerika. Als Beweis wären die mit immerhin erheblichen Mitteln unternommenen, aber gescheiterten Versuche Karls XII. von Schweden, Napoleons und Hitlers anzusehen. Es ist übrigens für den Historiker interessant zu beobachten, daß alle drei, in drei folgenden Jahrhunderten, unternommenen Feldzüge sich der gleichen strategischen Mittel bedienten.

Trotzdem ist immer wieder festzustellen, daß die sowjetrussische Politik von der Furcht vor einer Einkreisung und vor einem Angriff der Nachbarn beherrscht zu sein scheint. Das ist wahrscheinlich mehr ein psychologisches als ein politisches Problem. Die führenden Männer Sowjetrußlands sind aus der Revolution 1918 hervorgegangen und haben lange Jahre ihrer Jugend, der leicht beeindruckbaren Jugend, als Minderheit gelebt. Sie waren dem Angriff und der Verfolgung ausgesetzt. Eine derartige Erfahrung hinterläßt Spuren, macht mißtrauisch und reizt zur Abwehr.

Diese Furcht, wieder Minderheit zu werden, beherrscht seit zwei Jahren die Auseinandersetzung Sowjetrußland — Anglo-Amerikanische Staaten. Sie ergibt sich aus den verschiedenen Lebensauffassungen und Weltanschauungen des östlichen Kommunismus und der westlichen Demokratie. Marshall, Molotow, Bevin, Bidault sind im geschichtlichen Abriß gesehen, nur Wortführer für die geistigen Strömungen ihrer Völker. Trotzdem sollten sie sich immer wieder darüber klar werden, daß von ihrer Formgebung und ihrer Ausdrucksfähigkeit für das Weltbild ihrer Völker Frieden, Glück und Wohlstand der Menschheit abhängen. H. B.



Dienst am Kunden?

Früher kannte man im geschäftlichen Leben den Begriff „Kundendienst“...

KURZE STADTNOTIZEN

Nachmal: Überpreise für Ölschlagen. Zu der in Nr. 38 gemachten Veröffentlichung wird aus Fachkreisen darauf hingewiesen...

Lebensmittel-Einzelhändler tagten

Einheitliche Erfassung und Lenkung der Ware — das Gebot der Stunde

Die erste ordentliche Mitgliederversammlung des Verbandes württembergischer Lebensmittel-Einzelhändler...

Für Deutschland in den USA

Der Bischof von Berlin, Kardinal von Preysing, ist der erste Deutsche von Rang und Stand, der zu einem Besuch in die Vereinigten Staaten...

Beträchtliche Saatguteinfuhren

in die britische und amerikanische Zone

Die Beschaffung von Saatgut zur Förderung der landwirtschaftlichen Produktion in der wirtschaftlich vereinigten britischen und amerikanischen Zone...

Ein Jahr Südwestfunk

Den Auftakt zum einjährigen Jubiläum gab eine Funkausstellung im Kurhaus, die General Arnaud eröffnete.

Sängerbund „Vorwärts“

Die Sänger des Sängerbundes „Vorwärts“ trafen sich am Ostermontag im Stadt-Krankenhaus zu einer Morgenfeier...

Rechtsgleichheit beim Arbeitsgericht

für Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes

In Vollzug des Kontrollratsgesetzes Nr. 21 vom 30. 3. 1946 hat der Länderrat das Deutsche Arbeitsrechtsgesetz verabschiedet...

Die Obst- und Gemüseerfassung 1947

Württemberg-Baden, das früher den größten Teil seines Bedarfs an Gemüse eingeführt hat, hat sich im Jahr 1946 mit 60 Prozent selbst versorgt...

Fragen, die nach Antwort heischen...

Es geht um Kalorien, Brotaufwurf und Sonderzuteilungen

Getreidelage nicht mehr verwendet werden. Heute verbacken sämtliche Länder der US-Zone noch die Type 1950 für alle Sorten von Gebäck...

Karlsruher Filmschau

„Mädchen im Rampenlicht“

Schöne Frauen in Samt und Seide, in Federn und Filz, in Gold und Silber, in fröhlichen und trübseligen Kostümen...

„Meister deutscher Graphik“

Im Badischen Kunstverein

Im Gegensatz zu einer graphischen Schau im Kunstmuseum Beisel mit ähnlichem Programm verleiht diese Ausstellung den Schwerpunkt auf die impressionistische Epoche...

klage des Bürgertums um des Proletariats

klage des Bürgertums um des Proletariats. Einmalen wollen, macht die Blätter immer noch sehr zeitnahe, obwohl der bildnerischen Mittel sie vor den Impressionismus verschoben...

Schachwettkämpfe im Bezirk Karlsruhe

Die Schachmannschaftswettkämpfe im Bezirk Karlsruhe hatten in diesem Jahr ein ungewöhnlich starkes Meldergebnis...



„Sehen Sie, mein Bester, — ich lebe fast ausschließlich von schwarzem Kaffee und Schwarzbrot — überhaupt ich kaufe alles schwarz!“

In zwei Jahren von 68 500 auf 176 000

Entwicklung der Einwohnerzahl von Karlsruhe vom 1. Mai 1945 bis 14. März 1947.

Um der Öffentlichkeit ein Bild von der Zunahme der Bevölkerung der Stadt Karlsruhe (einschließlich Vororte) seit Beendigung des Krieges zu veranschaulichen...

Wie wird das Wetter?

Wieder freundlicher. Vorhersage: gültig bis Freitagabend. Bei mäßigen, zeitweise auftrichenden Winden wechselland bewölkt...

Rheinwasserstände

8. April: Konstanz 312 cm, — 1 cm; Breisach 196 cm, + 2 cm; Kehl 260 cm, — 1 cm; Mannheim 353 cm, — 5 cm; Caub 308 cm, + 32 cm...

# FRAU UND JUGEND

## Liebe Hausfrauen!

Gestatten Sie, daß ich ein paar Worte an Sie richte. Vielleicht kann ich Ihnen durch einige kleine Hinweise etwas helfen und mit einem bißchen Rat zur Seite stehen.

Wie oft beklagen Sie sich bitter, daß Ihre erwachsen werdenden Kinder und auch Ihr Gatte Sie mit mißbilligenden Blicken betrachten, weil Sie Tag für Tag das endlos bekannte Hauskleid tragen und zur Essenszeit — zwar nicht mit schmutzigen — aber verarbeiteten Händen an den Tisch kommen. Sie selbst glauben, daß all Ihre aufopfernde Tätigkeit im Haushalt genügt, die Kinder zu ernähren und friedenzustellen. Sie nehmen an, daß Ihre Selbstlosigkeit und Ihre Liebe vollkommen ausreichen, Ihren Angehörigen das Leben schön zu machen. Bitte verzeihen Sie mir, wenn ich Sie hierbei auf einen kleinen Fehler aufmerksam mache. Sie vergessen nämlich ganz, daß es — und nicht die kleinste — Pflicht der Hausfrau und Mutter sein muß, auch Frau zu sein. Frau im wahren Sinne des Wortes. Sie dürfen nicht nur praktisch, sondern Sie müssen auch hübsch, ordentlich und adrett angezogen sein. Ja, auch im Haushalt. Wissen Sie nicht, daß ein freudig stimmiger, einer gut angezogenen Frau begegnen? Umgibt sie nicht das Fluidum des Gepflegten? Ist nicht ihr Anblick ein ganz anderer, froher? Warum vergessen Sie diese kleine Weisheit? Denken Sie immer daran: Kleine Überraschungen in der Kleidung sind genau so wichtig, wie ab und zu ein gutes Dessert, um die häusliche Stimmung und Harmonie zu heben, den Alltag etwas zu versüßen. Oder ist es nicht so, daß Ihr Mann, wenn er von der Arbeit spät und müde nach Hause kommt, sich wohler fühlt, wenn Sie ihm lächelnd öffnen und dabei nicht die ach so praktische Kleiderschürze anhaben. Stolz und glücklich müssen Sie sein, daß die Kinder und er so viele Erwartungen an Sie stellen. Daß Sie Ihrem Frau-Sein soviel Vertrauen schenken. Stellen Sie sich vor, wie enttäuscht Ihre Lieben wohl sind, wenn Sie Ihre Hoffnungen, eine gut aussehende, gepflegte Frau und Mutter zu haben, enttäuschen! Gewiß, ich verstehe Ihre Argumente: keine Zeit, es fehlt an Material, oft an den primitivsten Dingen, um vielleicht einen hübschen Kragen, ein paar Manschetten fürs alte Kleid zu arbeiten. Aber versuchen Sie es trotzdem. Es gibt viele Möglichkeiten. Sie nur auszuwerten brauchen. Mit wenigem und einem kleinen bißchen Phantasie können Sie trotz der gebotenen Sparsamkeit etwas Nettes zusammenbringen.

Vielleicht haben Sie noch einen bunten Schal, den Sie als Kopftuch nicht

mehr tragen wollen. Wie wäre es, wenn Sie diesen als Vorderteil verwendend, mit einem dunkleren Stoff, der Rücken- und ein abgelegtes Kleides hier zu auch zu verwenden) kombiniert, als Bluse arbeiten würden? Auch mit vorhandenen Wollesten kann man vieles anfangen. Wenn es nicht mehr zu einem großen Stück reicht, so gibt es sicher noch ein Paar zünftige Norweger-Handschuhe. Hierzu können Reste sehr gut verwendet werden. Oder man ergänzt ein altes Sportkleid, indem man eine farbige Passe oder kurze Ärmelchen einstrickt. Wegen der Hände möchte ich Ihnen sagen, daß Sie durch Anlegen von alten Handschuhen (oder auch nur über Daumen und Zeigefinger gezogen) während der größeren Hausarbeiten Ihre Hände sehr schön können.

Bezüglich des oben erwähnten Desserts. Wie wäre es mal mit einer obstrigierten und falscher Schlaghane? (Sicher Sie natürlich etwas Obst im Keller haben.) Sie bringen vor ein gekochtes Obst — am besten eignen sich Kirschen — einen halben l Fruchtstark zum Kochen und streuen 125 g Sago oder Grieß ein. Dann geben Sie die Früchte dazu und füllen die Masse in eine mit kaltem Wasser ausgespülte Glasschüssel. Einige Obststückchen behalten Sie zum Schmücken der Speise zurück. Zur „falschen“ Schlaghane werden ein Viertel Liter Milch und zwei Eßlöffel Mehl aufgekocht und kalt gestellt. Man muß öfter umrühren, damit sich keine Haut bildet. Nach dem Erkalten wird die Milch mit ein bis zwei Eßlöffeln Zucker und etwas Vanillezucker tüchtig schaumig geschlagen und das Ganze recht nett und appetitlich angerichtet.

Recht gutes Gelingen hierzu und seien Sie mir nicht böse wegen des gutgemeinten „Vortrages“. M. M.

## Jungen helfen beim Wiederaufbau

„Holz her“, scholl eine frische Jungensstimme vom Gerüst herab, ein paar sachgemäße Weisungen folgten nach, ganz in rechter Zimmermannsart. Inmitten der Trümmern, des stark brennenden Hauses waren zwei Buben am Werk. Die Deckenbalken sachgemäß einzusetzen. Ein alter, offener Großvater, stand im Erdgeschoß und schnitt die Balken zurecht. Als die Mütter mit einem Vesperbot kam, gellte ich mich nicht. „Halt, halt, halt“, ein bißchen schwer für euch, was? „Gar nicht“, antwortete der ältere der beiden Knaben, „man muß es bloß richtig anfangen.“ „Ja, kannst du denn das?“, „Freilich, Vater ist ja Zimmermann. Das hat ich im Jugendklub gelernt.“ „Nun, hoffentlich kommt er bald heim“, tröstete ich die junge Frau. „Aber darauf wollen wir nicht warten“, nahm der ältere Junge ein Gespräch wieder auf, „haben lange genug

# WIRTSCHAFT

im Keller gehaust, jetzt wird das Haus wieder aufgebaut.“ „Habt ihr alles Baumaterial?“ „Das richtige Dielenholz fehlt uns noch“, antwortete der kleine Zimmermann, „mit Nut und Feder müßte es sein und auch trocken genug.“ „Und fachmännisch wußten die Buben noch manches über ihre Arbeit zu berichten.“ „Da seid ihr sicher die einzigen, die so fleißig schaffen“, lobte ich sie. „Viele von den anderen Jungen arbeiten auch irgendwo in der Werkstatt oder auf dem Bau, He, Fritz, wie geht's in eurer Bude?“ „Mensch, jetzt sind wir schon zu viel und der Alte sagt, wir werden uns bald Großbetrieb nennen.“ „Was baut ihr denn, auch Häuser?“ „Wollte ich wissen, weil wir sind die Tischler, Mütter putzen Möbel, leimen wir zusammen.“ „Könnt ihr denn das?“ „Na, der Capo ist zufrieden mit uns. Was soll er auch machen, Gesellen kriegt er nicht, die sind noch kriegerisch, fangen und fressen. Der Alte ist bald 70, ich schaffe er auch nicht mehr wie ein Wilder. Aber er zeigt uns, wie man's machen muß. Ein Stuhlbein leimen, eine Zischzange einsetzen, ein Bein für den Kaufmann einklappen, das ist das Handwerk von ihm gelernt.“ „Na, halt das auch, was ihr baut“, warf ich zweifelnd ein. „Klar, Pfluch kommt bei uns nicht in Frage“, bemerkte einer der Knirpse stolz. „Sicher, der hat ein paar Patente, die wir nicht fahren gehen, hat der Chef gesagt.“ „Übrigens hat unsere Gemeinde eine regelrechte Werkstatt für ältere Schüler eingerichtet. Dort lernen sie unter Anleitung eines Fachlehrers, wie man handwerkliche Verrichtungen, und zwar gleich an praktischen Beispielen. Sie machen kleine Tischchen, Kleintische, Tischler eine Kinderbestecke, fellen Schlüsseln, tüchtigen Feuerlöcher heraus, hat sich als ein recht geschickter Bürstenmacher erwiesen, ein anderer versteht sich sehr gut auf die Anfertigung von Kehrbesen. Am liebsten freilich basteln sie Speisegeräte für die jüngsten Mitarbeiter. Woher kommt denn das Material? „Wollte ich wissen.“ „Das bringen die Jungen selber mit“, erläuterte der Fachlehrer. „Abfälle sammeln wir in den Werkstätten, etwas Vorräte finden sich gelegentlich, und manche Erzeugnisse wird in den Trümmerrästen geborgen.“

„Wir brauchen unbedingt eine Jugendherberge“, war das Ergebnis einer Besprechung der verschiedenen Jugendgruppen. „Dabei ist es nicht nur die Frage, wer wirklich werden? Die Stadtgemeinde wird den Einsatz jugendlicher Helfer dazu verwenden, um die Jugendherberge, die im Bombenkrater stark zerstört wurde, wieder aufzubauen. Dabei ist es nicht nur die Frage, wer wirklich werden? Die Stadtgemeinde wird den Einsatz jugendlicher Helfer dazu verwenden, um die Jugendherberge, die im Bombenkrater stark zerstört wurde, wieder aufzubauen.“

„Holz her“, scholl eine frische Jungensstimme vom Gerüst herab, ein paar sachgemäße Weisungen folgten nach, ganz in rechter Zimmermannsart. Inmitten der Trümmern, des stark brennenden Hauses waren zwei Buben am Werk. Die Deckenbalken sachgemäß einzusetzen. Ein alter, offener Großvater, stand im Erdgeschoß und schnitt die Balken zurecht. Als die Mütter mit einem Vesperbot kam, gellte ich mich nicht. „Halt, halt, halt“, ein bißchen schwer für euch, was? „Gar nicht“, antwortete der ältere der beiden Knaben, „man muß es bloß richtig anfangen.“ „Ja, kannst du denn das?“, „Freilich, Vater ist ja Zimmermann. Das hat ich im Jugendklub gelernt.“ „Nun, hoffentlich kommt er bald heim“, tröstete ich die junge Frau. „Aber darauf wollen wir nicht warten“, nahm der ältere Junge ein Gespräch wieder auf, „haben lange genug

## Die Sozialisierung marschiert

Es ist nicht mehr möglich, das Thema Sozialisierung als eine Parteieligkeit der Sozialisten oder einen Wunschtraum der Arbeiter abzutun, die auf eine Verbesserung ihres Lohnes hoffen. So steht die Frage nicht und so wird sie von allen maßgeblichen Kreisen, insbesondere auch von der Wirtschaft und ohne Rücksicht auf die parteipolitische Orientierung der Industrieführer nicht mehr gesehen. Die Sozialisierung ist ein Späthilfsmittel theoretischen Gesprächs und des politischen Kampfes in das Stadium der Beratungen gelangt, die eine praktische Verwirklichung vorbereiten sollen.

Einem bemerkenswerten Beitrag lieferte jetzt ein in Hamburg erarbeitetes Gutachten über die praktischen Möglichkeiten der Sozialisierung. Zwar sprachen sich die FDP- und CDU-Mitglieder grundsätzlich gegen die Sozialisierung aus, sie erklärten aber doch zugleich das Hamburger Vorschlag — wenn über die Sozialisierung werden soll — einen gangbaren Weg darstellend. Das Gutachten entwickelt Grundsätze für die betriebswirtschaftliche Leitung und den volkswirtschaftlichen Erfolg der sozialisierten Unternehmen, die die übliche Propaganda gegen die Sozialisierung zu widerlegen geeignet sind. Der Weg der Verstaatlichung wird auf die ideale Weise abgelehnt, weil man nehmen sollen undubokratisch geleitet werden. Einem volkswirtschaftlich vernünftigen Wettbewerb stehen, ihre Kosten voll decken und grundsätzlich auf Subventionen verzichten.

In den Kreisen der Wirtschaft hat dieses Gutachten besondere Beachtung gefunden. Man gibt zu, daß die Sozialisierungsdebatte durch die Atmosphäre der Propaganda und der politischen Wut, die in den letzten Wochen gekommen ist, bemerkenswert dürtre erschienen, daß sich auch Unternehmer, für die die Sozialisierung nicht in Betracht kommt, für den Sozialismus nicht in allen Fällen den Einsatz der Sozialisierung und der sozialistischen Wirtschaftspolitik werden ablehnen können.

Der örtlich interessanteste Punkt des Hamburger Sozialisierungsprogramms ist die Forderung nach der Sozialisierung der Großbetriebe. Hierfür sprechen insbesondere die Bedürfnisse Hamburgs als Hafenstadt. Man ist sich darüber klar, daß die Wertigkeiten der Sozialisierung darstellen können. Aber in weiten Kreisen auch außerhalb des sozialdemokratischen Lagers besteht die Auffassung, daß die Sozialisierung der Großbetriebe einen wichtigen Teil der Existenzgrundlagen Hamburgs im notwendigen Ausmaß zu retten.

## Fernsprech- und Telegrammverkehr nach dem Ausland

Anträge deutscher Firmen zur Zulassung im internationalen Telefon- und Telegrafatenverkehr sind über die zuständigen Industrie- und Handelskammern an das Reichsministerium für Post und Fernmeldewesen zu richten. Bei Befürwortung geht derselbe an das Zweizeilen-Export-Importbüro zur Genehmigung. Zulassungsgenehmigungen werden nur solchen Firmen erteilt werden, deren Teilnahme am internationalen Warenverkehr von Wichtigkeit ist. Der Antrag bedarf eines Beschlusses der Geschäftsführung der Firma, die auf äußerster Sparsamkeit und Kürze bei Telefongesprächen und Telegrammen mit dem Ausland gehalten werden.

## Export-Auftrag für Kunstseide

Der Reichsausschuss für die Zulassung für Bayern, General Walter M. Müller, gab am 2. April den Abschluß des bisher größten Exportauftrages für Kunstseide bekannt. Der Auftrag beläuft sich auf rund vier Mill. Dollar. Die seit der wirtschaftlichen Vereinigung der brit. und amerik. Zonen in Bayern beschlossenen Exportkon-

## Die Versorgung mit Schuhohlen

Die Versorgung der deutschen Zivilbevölkerung mit Schuhohlen ist ein Problem, das sich seit dem Beginn des Krieges in Deutschland entwickelt hat. Die Sozialisierung der Schuhindustrie ist ein wichtiger Schritt zur Lösung dieses Problems. Die Sozialisierung der Schuhindustrie ist ein wichtiger Schritt zur Lösung dieses Problems.

## Verlustrwirtschaft der Ruhrzechen

Die Ruhrzechen arbeiten bei einem gegenwärtigen Erlös von RM. 28,- und einem Selbstkostenatz von RM. 13,-. Je Tonne mit einem finanziellen Verlust von RM. 15,-. Diese Unwirtschaftlichkeit ist in der Hauptsache durch die mangelnde Auslastung der Kapazität bedingt. Um die hierdurch notwendige Subventionen zu beseitigen, sind die Ruhrzechen gezwungen, ihren Erlös zu erhöhen. Die Sozialisierung der Ruhrzechen ist ein wichtiger Schritt zur Lösung dieses Problems.

## Die Kohlenförderung

Die Kohlenförderung ist ein empfindliches Wirtschaftszweig. Am 22. März wurde der Höchstziffer mit 238 400 erreicht worden. Danach ist, wie Mr. Collins von der NGCC sagte, ein „Gefühl der Unruhe“ wegen der schlechten Ernährungsgüter zu erwarten, die eine ungünstige Einflüsse auf die Förderung ausübt, die bis 27. März auf 234 198 t abgesunken war (WID).

## Die Privatversicherung zum Verbot der Auslandsbetätigung

Auf einer Sitzung des Ausschusses der Arbeitgebergemeinschaft Sachversicherung hat der Reichsausschuss für die Zulassung der Privatversicherung zum Verbot der Auslandsbetätigung beschlossen. Die Zulassung der Privatversicherung zum Verbot der Auslandsbetätigung ist ein wichtiger Schritt zur Lösung dieses Problems.

## Schach-Post

Aufgabe Nr. 37 von Comins Mansfield, England British Chess, Mag. 1915

